

# **Erneuter Bahnstreik ab Mittwoch, Armut unter Rentnern, Krise im Wohnungsbau**

## **Erneuter Bahnstreik ab Mittwoch**

Zum nächsten Streik der Beschäftigten der Deutschen Bahn hat die Lokführergewerkschaft GDL aufgerufen. Dieser werde im Personenverkehr am frühen Mittwochmorgen (24.01.2024) um 2.00 Uhr beginnen und bis Montag (29.01.2024) kommender Woche um, 18 Uhr andauern, so die Gewerkschaft in der Nacht zu Montag. Für Pendlerinnen und Pendler stehen erneut schwierige Tage mit absehbaren Tausenden Zugausfällen bevor. Erst am Freitag (19.01.2024) hatte die Deutsche Bahn ein neues Tarifangebot vorgelegt, um die GDL wieder an den Verhandlungstisch zu holen. Mehr dazu [hier](#). ([Manager Magazin](#))

## **Armut unter Rentnern**

In Deutschland erhalten viele Rentnerinnen und Rentner nur wenig Geld zum Leben: Vier von zehn Rentnern (42,3 Prozent) müssen mit einem Netto-Einkommen von weniger als 1250 Euro im Monat auskommen. Von den knapp 7,5 Millionen Betroffenen sind mehr als 5,2 Millionen Frauen. Das sind mehr als 53 Prozent aller Rentnerinnen. Das geht aus Berechnungen des Statistischen Bundesamtes auf Anfrage des Linke-Bundestagsabgeordneten Dietmar Bartsch hervor. Nach Angaben der Deutschen Rentenversicherung lag die durchschnittliche Brutto-Renten 2022 bei Männern bei 1728 Euro. Frauen bezogen im Schnitt 1316 Euro. Mehr dazu [hier](#). ([Spiegel Online](#))

## **Krise im Wohnungsbau**

Die deutsche Bauindustrie erwartet wegen der Krise im

Wohnungsbau 2024 den ersten Beschäftigungsverlust in der Branche seit Finanzkrise. Man gehe davon aus, dass 10.000 Arbeitsplätze verloren gehen. Grund für den befürchteten Jobabbau sei die schwache Konjunktur am Bau. Während man im Wirtschaftsbau und im öffentlichen Bau 2023 noch mit einem blauen Auge davon gekommen sei und nur leicht sinkende Umsätze verzeichnet habe, seien die Erlöse im Wohnungsbau um 12 Prozent eingebrochen. Einer Mitgliederumfrage des HDB zufolge erwarten 55 Prozent der 450 befragten Firmen 2024 eine Verschlechterung der Ertragslage. 60 Prozent wollen die Belegschaften stabil halten, 12 Prozent ausbauen und fast ein Drittel (29 Prozent) Jobs abbauen. ([Der Tagesspiegel](#))